



ben wird. Voll Spannung blide daher jeder Sachsenfreund auf die Landtagsversammlung, in deren Schooß unser Volk vertrauensvoll eine so große Macht über seine eigene Zukunft gelegt hat; behüte der Himmel es vor der — Enttäuschung. „Sein Schicksal schafft sich selbst der Mann“ — aber auch das Volk.“)

Aus dem ungarischen Reichstage

Peß, 12. Februar. (Unterhaus-Sitzung.) [Nachtrag.] Jos. Slavy spricht noch zu Hodoßius' Antrag. Er verlangt, das Haus solle für ein romänisches Nationaltheater 200.000 fl. votiren. Nebenbei wird die Sache praktisch wenn er ein Recht hat, ein solches Verlangen zu stellen, so haben ohne Zweifel auch die anderen Nationalitäten dieses Recht; und wenn man den Romänen für ein Nationaltheater 200.000 fl. bewilligt, muß man den Deutschen, Serben, Slowaken und Ruthenen doch auch ebensoviele gewähren. Dies macht aber zusammen eine Million aus und Redner fragt, ob Hodoßius wirklich glaube, daß das Abgeordnetenhaus in der Lage ist, eine Million auf Theater zu bewilligen, da noch so viele Angehörige der in solcher Weise zu begünstigenden Nationalitäten noch gar nicht schreiben und lesen können. Redner stimmt für die Vorlegung der Position (Lebhafter Beifall von den Rechten.)

Emerich Ghenßmann will für ein Theater Nichts votiren, dagegen wird er bei der Debatte über das Budget des Unterrichtsministeriums gern bereit sein, einen Antrag zu unterstützen, welcher für romänische Volksschulen größere Summen begehrt.

Emil Simonyi würde augenblicklich die 200.000 fl. für's romänische Theater bewilligen, wenn Hodoßius oder Nocoßoni ihm beweisen könnten, daß die Romänen in Bukarest oder Belgrad auch nur einen Kreuzer für das ungarische Nationaltheater oder die ungarische Akademie votirt haben. Nocoßoni verlangt, man solle den Landespräsidenten den Gerichtsfall öffnen. Redner möchte gern bis an die Grenze der Möglichkeit gehen. Er ist bereit, zuzugeben, daß der Vorgesetzte vor dem Gerichte einer Instanz in seiner Muttersprache vorgekommen werde, doch kann man von einem Richter höhere Instanz nicht verlangen, daß er neun oder zehn Sprachen lerne. Er ermahnt die Nationalitäten zur Geduld, da Alle zusammen von einer gemeinsamen Gefahr, der Barbarei des Orients bedroht sind. Er kann weiter den Antrag Vorleser's, noch den Hodoßius' annehmen.

Emerich Stancu und János Székely. Die Magyaren haben für ihr Nationaltheater seit langer Zeit jährlich bald 40, bald 50, bald 60.000 fl. bewilligt und Hodoßius verlangt doch bloß ein für allemal 200.000 fl. Bodey und nach ihm noch einige Redner. Haben gesagt, ob denn auch die romänische Regierung schon etwas für die Ungarn gethan habe? Redner antwortet darauf: Gewiß! In Pest ist erstickt eine ungarische reformirte Kirche und Schule, welche von der romänischen Regierung mit einer gewissen Summe subventionirt wird. Ja sogar Diezinger, die in Ungarn verjagt werden, finden in Romänien gastliche Aufnahme. (Rufe: Mobaraj und Hjalos! Großer Lärm.) Mit welchem historischen Rechte verlangen übrigens die Ungarn eine Unterstützung von Romänien? Die Romänen dagegen bilden in Ungarn eine politische Nation (großer Lärm. Ob!) und können alle Ansprüche auf Subvention erheben. Das Theater ist ein mächtiges Hebel der Sittlichkeit und Kultur, und darum muß Redner darauf bestehen, daß der Antrag Hodoßius' angenommen werde.

Der Präsident nimmt, nachdem der Abgeordnete Stancu geendet hat, das Wort. Stancu habe gesagt, die romänische sei eine politische Nation. Dem gegenüber verliest er den Paragraphen des Gesetzes, wonach es in Ungarn nur eine politische Nation gibt, die ungarische. (Lebhafter Beifall.)

Julius Jankovics und Emerich Stancu verlangen das Wort zu persönlichen Bemerkungen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Stancu möge die Hausordnung studiren und ein andermal bloß dann das Wort nehmen, wenn die Hausordnung es ihm gestattet, nicht aber wenn er Lust dazu hat. (Große Heiterkeit, die durch den belehrenden Ton hervorgerufen wird, in welcher der Präsident diese Ermahnung an den noch sehr jungen Abgeordneten gerichtet hat.)

Paul Hoffmann definiert die Rechtsgleichheit; er unterscheidet eine formelle und eine materielle Rechtsgleichheit; die erstere ist die factische und rechtliche, die letztere wäre der Communismus, für diesen kann aber Redner nicht stimmen, auch den Nationalitäten zu liebe nicht.

Vinzens Babeßi unterstützt den Antrag Hodoßius'. Thaddeus Prileßky votirt die Summe. Dasselbe thut Emerich Jovánka.

Dedó Kállay stimmt für die Annahme des Postens, Sigismund Papp erklärt sich gegen Vorleser's Antrag, Karl P. Szatymár weißt die Romänen an sich selbst, ein Theater zu bauen, wie die Ungarn es thaten.

\*) So sehr die gebiegenen Ansichten des Herrn Verfassers ihre volle Berechtigung haben, so ist doch nicht zu verkennen, daß das Bedürfnis nach einer obligatorischen Schule dort gefühlt wird, wo ein ultramontaner Clerus sich Uebergriffe erlaubt. In der vorliegenden Sache haben sich folgende Ueberlegungen geltend gemacht. Bei voller Wahrheit ihrer autonomen Entwicklung, niemals weder dem Staate und der bürgerlichen Gesellschaft zu nahe getreten ist, noch aber sich der freisinnigen Strömung der protestantischen Kulturfortschritt verschlossen hat. Auch die obligatorische Schule wird hier an wenigsten Gegenstand sein; aber für die bürgerliche Kultur ist eigentlich Sache Andere. Wir glauben nicht, daß für diese Initiative die Landesparlamentarier verantwortlich zu machen ist. Auch läßt sich nicht verkennen, daß die Mehrzahl der Beamten durch solche eine und nachher doch auch für sich nachgehende Träumungen nur doppelt belastet erscheint und die Inhabung der Grundbesitzregister neben den Patrimonien auch dem öffentlichen Staatshaushalt Opfer auferlegt. Die Red.

neu bei ihrem Anblicke, seine kritischen Bemerkungen über ihr Gesicht, über ihr Haar, über ihre Hände, über ihre Figur et cetera öfneten ihr die Augen und curiren sie von ihrer Nachlässigkeit gegen sich selbst. Ein Lächeln überflog ihr hübsches Gesicht, als sie lächelnd daran dachte, daß sie von diesem Tage an eitel geworden sei und sehr viel Aufmerksamkeit auf die Cultur ihres Aeußeren verwenden habe. „Wer weckt unsere Eitelkeit?“ flüsterte sie weiter vor sich hin: „die Männer mit ihren Anforderungen an ein gefälliges Aeußere, und wer tadelt unsere Eitelkeit? — wiederum die Männer.“

Seit jenem Tage, demselben Kirneffeste, wo Hedwig in ihrer süßlichen Unvorsichtigkeit Egon's Fuß verletz — widerlegte sich die junge Dame auf das Entschiedenste einer möglichen Verheirathung ihres Vaters. Der Gedanke, unter den spöttischen Blicken der Familie Wenzlin leben zu sollen, enthielt für sie eine unerträgliche Mater.

Egon's Benehmen belehrte sie hinlänglich, daß ihre Antipathie gegenseitig war. — (Fortsetzung folgt)

Notizen.

— Der österreichische Kronprinz unter seinen Gespielern. Zunächst war bei der Erzherzogin Gisela und dem Kronprinzen Rudolf's Gesellschaft, wozu die Freunde und die Freundsinnen der kaiserlichen Kinder geladen waren. Die Hofgesellschaft muß natürlich beobachtet werden, und so stülten die Grafen G. und die Uebigen den Erzherzog mit L. Gohier. Bei dem Dinner und der Unterhaltung war jedoch der Kronprinz sehr guter Laune. „Mein Freund“, sagte er, „nennt mich nicht „Dobert“, jetzt ist ich nicht der Kronprinz, jetzt bin ich euer Freund. Ihre Freunde können sich gemächlich miteinander unterhalten! Die jungen Grafen trachen in demernde Stille aus über diese Aufforderung des Kronprinzen, über das auch Ihre Majestäten, als sie davon erfuhr, sich sehr freuten.

— Die Wuntacber'sche Frau, welche, wie bekannt, Strafanstalt ist, wird demnach als solche aufgehoben, und die Straflinge sollen in andere Strafanstalten vertheilt werden. Die Gebäude werden dann für Militär (so für die lebenden) oder für Gendarmen, ist noch nicht festgestellt) bereitgestellt werden.

L. Gernátory wünscht, daß man offen sei und erkläre: man wolle das ungarische Nationaltheater unterstützen und nicht föderalistische Kunst. Den Abgeordneten der Romänen rath er übrigens, dieselben mögen anstatt für's Theater zu plaidiren eher ihre Landleute dazu persuadiren, daß sie in Zukunft die Juden nicht mehr verfolgen sollen.

Jul. Schwarez schließt sich dem Antrage Jráný's an. Friedrich Wächter: Während der Debatte habe ein Nationalitäten-Abgeordneter Kronstadt als den Ort bezeichnet, wo das romänische Theater errichtet werden sollte. Redner ist Abgeordneter von Kronstadt und hält dafür, daß das deutsche Kronstadt, unbeschadet alles Kunstsinnes, an einer guten Real-Schule weit mehr Gefallen fände, als an einem romänischen Theater.

J. Vackovics nimmt den Posten mit dem von dem Finanzaußschusse beantragten Abzuge an.

Das Haus nimmt schließlich mit großer Majorität den Antrag des Finanzaußschusses an, nach welchem das Conservatorium des Nationaltheaters mit 59.000 fl. unterstützt werden soll. Der Antrag Vorleser's fällt demnach weg. Das Amendement Hodoßius', für die Errichtung eines romänischen Nationaltheaters 200.000 fl. zu bewilligen, wird verworfen.

Das Haus kann nun die Specialdebatte über die noch rückständigen Kosten des Titels „Allgemeine Verwaltungsausgaben“ fortsetzen.

Posten 11. Für Pferdewerkszeug 28.000 fl. 12. Für die Unterstützung der durch Elementarereignisse Verunglückten 10.000 fl. 13. Für verschiedene unvorhergesehene Kosten 20.000 fl., werden ohne Discussion angenommen.

Titel 7. „Bededung“ ist mit 3788 fl. präliminirt.

János Ghyezy bringt einen Beschlusstrag ein, wonach das Haus den Minister des Innern anweist, über die Herstellungskosten und die Einnahmen des Amtsblattes dem Hause für die Vergangenheit sowohl, als auch für das Jahr 1870 einen Bericht vorzulegen.

Rufe: Der Antrag soll in Druck gelegt werden! Daniel Jráný wünscht, derselbe soll sofort verhandelt werden.

Ministerpräsident St. J. Andrassy: Auf eine Interpellation hätte er sofort geantwortet, allein ein förmlicher Beschlusstrag muß natürlich erst in Druck gelegt werden. Koloman Tisza: Die Budgetberatung würde unmöglich gemacht werden, wenn man jeden Beschlusstrag bezüglich eines speziellen Budgetpostens erst in Druck legen müßte. Es ist uns übrigens darum zu thun, Aufklärung zu erhalten; bekommen wir sie, so ziehen wir den Beschlusstrag zurück. Wilhelm Lóth leugnet, daß sich der Beschlusstrag direct auf einen Budgetposten beziehe. Gabriel Barady behauptet dies. St. J. Andrassy erklärt, daß das Amtsblatt bisher wenig oder gar nichts getragen hat. Jetzt, da es dem „Atheneum“ übergeben wurde, steht ein Ertragniß in Aussicht. Die Regierung ist mit sich noch nicht im Reinen, ob die Verwaltung des Amtsblattes dem Ministerium des Innern unterstellt werden soll.

Schluß der Sitzung um 1/3 Uhr. — Nächste Sitzung: Montag Vormittags 10 Uhr.

Peß, 14. Februar. Präsident Somßich eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr. Auf der Ministerbank: Rajner, Sedócs, Bedekovics.

Das Protokoll der jüngsten Sitzung wird authentisirt. Mehrere Propositionen, vom Präsidenten angemeldet, und von den Abg. Dedó Székely und Virgil Szilágyi eingereicht, werden der Petitionskommission zugewiesen. Das Haus übergeht sodann zur Tagesordnung, auf welcher zunächst der Beschlusstrag János Ghyezy's bezüglich der Vorlage eines Ausweises über die Einnahmen und Kosten des Amtsblattes steht.

János Ghyezy wiederholt seine Bitte um Aufklärung über die Geldmanipulation bezüglich des Amtsblattes. Minister Rajner legt den verlangten Ausweis vor. Im Jahre 1868 ergab das Amtsblatt ein Deficit von 48 fl. 62 kr., wobei jedoch Forderungen im Betrage von 3663 fl. 96 kr. ausständig waren. Im October 1868 wurde mit der Staatsdruckerei ein Pauschalvertrag geschlossen und von nun an begann das Blatt sich zu rentiren. Im vierten Quartal trug es 171 fl., im Jahr 1869 2408 fl.

Obgleich wurde im Ministerrathe beschloffen, daß das Amtsblatt, welches bisher dem Ministerpräsidenten unterstand, wie im Jahre 1848 dem Ressort des Ministeriums des Innern einverleibt werden soll; von nun wird also das finanzielle Ergebnis des Amtsblattes in den Rechnungen des Ministeriums des Innern figuriren, und Redner hat Nichts dagegen, daß für das Jahr 1870 in die Bededung unter dem Titel „Einkommen vom Amtsblatt“ 15.000 fl. eingestellt werden.

Emil Simonyi befragt sich darüber, daß eine einzelne Nummer des Amtsblattes 30 Kreuzer kostet und er wünscht, daß die Reichstagsverhandlungen im „W. P. Közlöny“ nicht verstimmt, sondern dem Wortlaut nach veröffentlicht werden sollen. Minister Rajner verspricht, daß beiden Beschlüssen abgeholfen werden soll.

Die Bededung wird demgemäß mit 18.788 fl. präliminirt. Der Finanzaußschuß beantragt bei dieser Gelegenheit, daß diejenigen öffentlichen Fonds, welche an Private ausgeliehen wurden, sofort gekündigt werden sollen. Emil Simonyi wünscht dies nicht, da die plötzliche Kündigung großen Schaden verursachen kann.

Virgil Szilágyi will bloß, daß die Zinsen pünktlich eingetrieben werden sollen. Paul Szontágh unterstützt den Antrag des Finanzaußschusses. Paul Nyáry, Valtzar Galáß sprechen im Sinne Simony's. Franz Pulßky bemerkt, der Staat sei keine Bank und die Regierung dürfe keine Gelder ausleihen haben, damit sie nicht in der Lage sei, Gehaltslisten zu erweisen. Moriz Wáhrmann betont gleichfalls die politische Seite der Frage. Man darf der Regierung nicht die Möglichkeit lassen, ihr geleistete Dienste durch Staatsgelber zu belohnen.

Emerich Jovánka: Wenn man die hypothetisch angelegten Gelder in Staatspapieren anlegt, werden sie wieder der Börsensituation ausgesetzt. Der Antrag des Finanzaußschusses wird schließlich angenommen. Folgt das außerordentliche Erforderniß, welches mit 959.814 fl. präliminirt ist. Titel 1. „Siebenbürgisches k. Commissariat 55.000 fl.“

Patay mißbilligt das Verhalten der Regierung gegenüber Siebenbürgen und votirt er für das siebenbürgische königl. Commissariat, sowie für die siebenbürgischen Gendarmen keinen Kreuzer. — Paul Nyáry richtet an das Ministerium die Frage, ob es den Ausnahmezustand in Siebenbürgen endlich abschaffen wolle, so daß die betreffenden Ausgaben im nächstjährigen Budget nicht mehr vorkämen, ferner ob es die gleichmäßige Geltung aller Gesetze Ungarns bald auch auf Siebenbürgen ausdehnen wolle?

Minister Rajner erwidert, daß gegenüber Siebenbürgen ein außerordentliches Verfahren erforderlich ist, um Privatinteressen nicht zu verletzen, etwa vorhandene Antipathien nicht zu verschärfen und neue Antipathien nicht zu wecken. Nach jetzt liegen dem Ministerium mehrere Fragen zur Entscheidung vor, über welche das k. Commissariat, als kompetentes Organ, nur mit großer Behutsamkeit, ja Besorgniß referiren. In Siebenbürgen herrsche allerdings ein Ausnahmezustand, doch habe er eine durch die Legislative geschaffene gesetzliche Basis, und für das laufende Jahr stehe die Möglichkeit, hieran etwas zu ändern, nicht in Aussicht. Was die Einführung der ungarischen Gesetze betrifft, gelangen in Siebenbürgen alle Gesetze, die der Reichstag schafft, sofort zur Geltung, die Ausdehnung der alten ungarischen Gesetze auf Siebenbürgen sei nicht thunlich.

Karl László behauptet, die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Siebenbürgen sei nicht notwendig, denn seit der Telegraph errichtet, gibt es keine Entfernung mehr und könne Siebenbürgen von Pest aus regirt werden, nur möge die Regierung verlässliche Männer an die

Spitze der Municipien stellen und bei den Ernennungen ein anderes System befolgen, als bisher, denn diese Ernennungen verstoßen oft gegen die politische Moral. Redner behauptet, daß das k. Commissariat in Siebenbürgen das Ministerium nicht immer richtig informirt. Unterstaatssekretär Jozef habe von einem Sturm gesprochen, der unter der scheinbar spiegelglatten Oberfläche des Wassers vorbereitet wird, und der das Fortbestehen des k. Commissariats erheische. Nun, wenn dieser Sturm in der That ausbrechen sollte, so wird er nicht allein daselbst, sondern mit den Konflagrationen der orientalischen Frage Hand in Hand gehen, so daß das siebenbürgische Commissariat zur Dämpfung des Brandes nicht genügen wird. Soll aber dieses Commissariat bloß die verschiedenen Symptome beobachten, die dem Sturm vorausgehen, so wäre es besser, zu diesem Zwecke verlässliche Männer bei den Konsulaten im Oriente zu verwenden.

Graf Johann Bethlen wünscht, daß die Hände des Ministeriums und des Hauses bezüglich der siebenbürgischen Frage nicht gebunden werden sollen. Möglicher Weise würde die Aufhebung des k. Commissariats keine nachtheiligen Folgen haben, möglicher Weise wäre es aber auch für gewisse, außerhalb der Landesgrenzen befindliche Elemente das Signal, daß sie nun in Siebenbürgen unbehirtet wirtschaften können. Außerdem mache Redner einige scharfe Bemerkungen über die Bededung des Reichstages und über den siebenbürgischen Landtag von 1863. — Vergegenzuey soll dem Charakter des jetzigen k. Commissariats in Siebenbürgen alle Anerkennung und meint, wäre ein anderer Mann, statt seiner, nach Siebenbürgen geschickt worden, hätte vermuthlich eine argere Verwirrung Platz gegriffen. Trotzdem sei die Abschaffung des k. Commissariats notwendig, weil das Bestehen dieser Behörde von der unionsfeindlichen Partei eben als Anzeichen dafür betrachtet wird, daß die Union vielleicht doch nicht vollzogen werden dürfe. Redner behauptet, daß die Regierung die reaktionären Elemente mit sanfterem Streicheln behandelt, und obgleich die Gesetze und Sachien Demokraten sind, obgleich die rumänische Nation sich nur auf demokratischer Grundlage wird entwickeln können, werde doch in Siebenbürgen noch immer der Feudalismus aufrecht erhalten. — Johann Horváth wünscht ebenfalls, daß das k. Commissariat in Siebenbürgen so bald als möglich aufgehoben werden möge, für heuer aber sei die Vorlegung der fraglichen Summe noch notwendig. Gegen Vergegenzuey bemerkt Redner, daß der jetzige k. Commissar in Siebenbürgen ganz einen anderen Wirkungsbereich besitze und auch eine ganz andere Weise des Vorgehens befolge, als die k. Commissare von 1848. Zu diesen habe auch Vergegenzuey gehört und als solcher handelte er in einer Weise, daß seine Funktionen im Interesse des Landes besser ganz ungeübt geblieben wären.

Vergegenzuey erklärt, der Vortredner habe von ihm in einer Weise gesprochen, als gehöre auch er zu jenen Männern, die das Unterliegen in Siebenbürgen verurtheilten; dies sei eine Entstellung der Geschichte. — Der Präsident spricht dem gegenüber die Ueberzeugung aus, daß Vergegenzuey die Aeußerung Horváth's unrichtig gedeutet habe.

St. J. spricht gegen die Vorlegung der Summen, die für das Commissariat und die Gendarmen in Siebenbürgen präliminirt wurden, weil der k. Commissar kein gesetzlicher Beamter ist und die Gendarmen Verletzungen der Tyrannie sind. Die Union in Siebenbürgen ist seit beinahe 22 Jahren dekretirt und doch nicht vollzogen; Redner fordert, daß die Regierung endlich einen Entwurf für die definitive Durchführung dieser Maßregel einbringe.

Graf Dominik Teleki weiß nach, daß sowohl die Regierung, als auch der k. Commissar für Siebenbürgen auf gesetzlichem Boden stehen. — Gernátory tritt vorerst die präliminirten 55.000 fl. für heuer, doch ist er durch die Antwort des Ministers auf die Frage Nyáry's nicht befriedigt. Das k. Commissariat in Siebenbürgen genügt weder den Freunden der Union, noch verfehlt es die Gegner derselben; das k. Commissariat sei nicht sowohl ein Kurusartikel, als vielmehr eine Gefahr, die ehrens befeitigt werden müsse.

Rajner spricht sich folgendermaßen aus: Es sei mir gestattet, in dieser Angelegenheit auch meine Meinung so kurz als möglich auszusprechen. Ich will dabei nicht auf Recriminationen aus der Vergangenheit zurückgehen, wie es Andere (Redner wendet sich gegen Grafen Joh. Bethlen) hier gethan haben. Vor meinen Augen steht die Zukunft, eine schönere Zukunft, für welche Arm in Arm in patriotischer Eintracht zu wirken und zu arbeiten unsere erste staatliche Pflicht ist, hier im Hause sowohl, wie auch außerhalb desselben. Meine Ansicht ist diese: Die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn ist eine gesetzlich beschlossene, vollendete Thatsache; es bleibt nur noch zu wünschen übrig, daß aus dieser gesetzlichen Thatsache je eher ein sympathisches, gegenseitig befruchtendes Verhältnis sich entwickeln möge, getragen und gehoben von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und eines treuen Zusammenhaltens, wie es das wohlverstandene gemeinsame Interesse gebieterisch erheischt. Dies ist aber nicht das Wort des geschriebenen Buchstabens, es ist die Arbeit der reifenden Zeit, zu deren Förderung wohl am meisten ein kluges, unflüchtiges, tatkraftvolles, mit ernster Würde gepaartes Vorgehen der Regierung, verbunden mit einer heilsamen Thätigkeit der Gesetzgebung beitragen wird. Durch gute, zweckmäßige, freijährige Gesetze und freie, constitutionelle Einrichtungen wird es am sichersten gelingen, Siebenbürgen moralisch zu erheben. Dazu ist aber vor allem Anderem notwendig, daß die elastische Vollmacht der freien Hand und jede ausnahmsweise Maßregel aufhöre. Ausgehend von solcher Ansicht könnte auch ich mich genöthigt fühlen, gegen einen längeren Fortbestand des in Siebenbürgen bestehenden k. Commissariats zu stimmen; dasselbe wäre wohl am liebsten zugleich mit der gesetzlichen Organisation des Municipalwesens aufzuheben, was man für sehr erwünscht erachten muß, denn schon das bloße Dasein dieses Commissariats ist doch gewiß nicht ein Zeichen des Vertrauens. Vertrauen kann aber nur durch Vertrauen selbst erzeugt werden. Zeigen wir einmal allen Bürgern Siebenbürgens gegenüber ein mutiges Vertrauen, es wird gewiß nicht ohne Widerhall bleiben. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Nachdem dann endlich Nyáry erklärt, er votire den in Rede stehenden Posten für die Summe, wird abgemittelt und nimmt das Haus mit sehr großer Majorität den Commissionsantrag auf Bewilligung von 55.000 fl. für das k. Commissariat in Siebenbürgen an.

Für die Grundentlastungsfonds-Direction in Klausenburg wurden die präliminirten 25.000 fl., für die Verificationscommissionen bei den Urbarmachungs- und Zehententschuldigungen die präliminirten 63.814 fl., — zur Deckung vorjähriger Verpflichtungen der Comitate die präliminirten 100.000 fl. ohne Bemerkung votirt. — Zu Baukosten forderten die Comitate 361.208 fl.; mit Rücksicht auf die beengte Situation des Budgets sind jedoch nur 100.000 fl. präliminirt. Das Haus bewilligt diese Summe und wird das von Mihályi unterstüßte Ansuchen Szaplonczy's, dem Maroszer Comitate außerdem 25.000 fl. zu bewilligen, abgelehnt. — Zur Bewaffnung der Sicherheitsorgane mit Hinterladern waren 100.000 fl. präliminirt. Die Finanzcommission beantragt, bloß 75.000 fl. zu votiren; das Haus bewilligt jedoch die volle Summe von 100.000 fl.

Für die Gendarmen in Siebenbürgen sind 420.000 fl. präliminirt. Ludwig Papp, Ladislav Gonda und Alexander Csiky mißbilligen diesen Posten, und da Gonda im Laufe seiner Rede die Gendarmen eine ungesetzliche Institution nannte, wüßte Koloman Tisza sich zu der Bemerkung veranlaßt, daß, wer folgende eine Institution ungesetzlich nennen will, vorher alle betreffenden Gesetze lesen muß und obgleich auch dem Redner das Fortbestehen der Gendarmen in Siebenbürgen nicht behagt, mußte er doch erklären, daß die in Rede stehende Institution eine gesetzliche Basis hat. — Nachdem noch Minister Rajner mitgeteilt, daß die Gendarmen in kürzester Zeit ausschließlich dem ungarischen Ministerium

wird untergeordnet das ganze Budget. Vicepräsident Szaplonczy's Sitzung für den Budget des Cultus der Ministerpräsidenten mußte, so daß die

Peß, 13. Agenten des Hofes. Albert Bänffy Peß, 15. unteres Ministerium. Commissariat und des „Ung. Lloyd“ am ausführlichsten. Sieb. Voten“ er. Die Sachen bei ihren Commissionsfortschritte auf den Mund des Auslassung. Klugheit dargelegt durch die jedem Gen des Grafen. Der an der Regierung regierende Graf los werden, aufsammlung und 1863er Versammlung. Die Lehre durch aber gen mit Staatsämtern vorliegen, ohne Confessionen in nachweisen, sondern positiven Widerstand sind nur nicht, daß sie im die maßgebenden

Die Reform“ am Zusammenhang in von Kronstadt, die Pflege der romänischen Patriotismus hin auch noch immer die betreffende seiner Mittheilungen etwas nur ihren heutigen rung bei den jetz Subventionenbeba nach, den er da Subventionen, u Kreisen zu verich knechte bleiben. ungarischen Blatt unter uns.

Wien, schließung des Re Dienstaufgabe aus dieselben dem M — Die die frage die eigentl genommen. Die zahlung gegen B der bereit.

Berlin, Georg, welcher d über sein unter sagt man, mit de Gen, sondern nur Es heißt n

Niederlage im H niedrigeren und lich dem norddeut Berlin, König eröffnet. nale Verbindung solche im Artikel der unangefesteten lagen sind: Ein wicklungsordnung und den süddeutschen des gemeinsamen Stärke und geschlo Gefühl der nation Wort der deutich des Vaterlandes Festigkeit, welche Leidenschaft. Trauen auf die G Regierung und die Vertheilung ung fremder Lud

Paris, 1. gen entgegen, als Prager Friedens aus ihm nicht ein flourens sch. Paris, 12. Bignon bringe ein hältmisse ihres Wer Ordinate er beginnt: In Erwä Auf die Einjung. Der Präside Zwischenfall aus

\*) Wir bringe

wird untergeordnet werden, wird der fragliche Posten vorrätig, und ist hiemit das ganze Budget des Ministeriums des Innern erledigt.

**Ungarn.**

Peß, 13. Februar. Wie heute erzählt wird, soll der durch einige Agenten des Handelsministeriums erweiterte Restpost des Kommu-

Peß, 15. Februar. (Orig. Corr.) Die Beratung des Budgets unseres Ministeriums des Innern schloß gestern mit den Posten für das f. Commisariat und die Gendarmerie in Siebenbürgen. Aus dem Berichte des „Mag. Klop“, der diese die Siebenbürger speziell interessirende Debatte am ausführlichsten wiedergibt, werden die Leser der „Herm. Ztg.“ m. d. Lieb. hören, daß sie mehrfache bemerkenswerthe Stellen enthält. Die Sachverhalte, obgleich nicht viel Sympathie für die Institution unter ihren Committenten vorhanden sein dürfte, ebensovienig als die Einteilung der sofortige Aufhebung des Commisariats forciert, aber sie haben durch den Mund des ersten Hermannstädter Abgeordneten in wirksamere Weise die Auffassung der freien Hand als Gebot der Gerechtigkeit und Klugheit dargelegt. Rannich's Worte erhalten ein besonderes Relief durch die jedem erkennbare Wahrnehmung, daß sie ein durch die Aeußerungen des Grafen Johann Bethlen hervorgerufenes Improvisation sind. Der an der Spitze des Casinos die ungarisch-siebenbürgische Politik leitende Regierungsrath, wie alle seine Parteigenossen die angewählte Taktik nicht los werden, auf das Reactionnäre Hermannstädter die dortige Landesversammlung und die Scherlingepoche zurückzuführen. Schon in jener 1863er Versammlung erhielten die Herren von dieser Goterie eine empfindliche Lehre durch die Citate, welche Zimmermann aus einem famosen, aber gern mit Schweigen verhallenden Schriftstück hervorragender ungarischer Staatsmänner brachte. Man könnte, da heutzutage die Beweise gedruckt vorliegen, ohne sonderliche Schwierigkeit nicht nur die Spuren ungarischer Commisariats in diversen Regierungshandlungen der abgelaufenen Epoche nachweisen, sondern selbst das Verdienst der ganzen Casinopartei um den passiven Widerstand merkwürdig herabschrauben. Aber diese Herren und ihr Anhang sind nun einmal in ihre Ansichten verrannt, und darin löst sie nicht, daß sie im Landtage und in den Regierungsjahren lange nicht mehr die maßgebenden sind.

Die Rannich's gestern mit Beifall gehört wurde, so in der am 12. d. anlässlich der Theaterfubvention improvisirten Nationalitätsdebatte der Kronstädter Abgeordnete Wächter. Letzterer hob die folgenden Lagen die „Reform“ ausdrücklich. Indessen wird Niemand hierin einen innern Zusammenhang finden, die Reichheit, womit Wächter den deutschen Charakter von Kronstadt, gegenüber der ihr zugewandten vorzüglichen Eignung zur Pflege der romanischen Nationalität wahrte, ist in dem lebhaften sächsischen Patriotismus hinreichend erklärt, den Niemand diesem wohlmeinenden Mann auch noch immer mit Böhmisch sein. Stimmenden Abgeordneten abspricht und die betreffende Bemerkung, womit er die Gabe abschneide, der Zustimmung seiner Mitdeputirten gewiß. Allerdings wird seine Erklärung auf die Beziehungen etwas erklärend wirken, welche die jungsächsische Goterie mit der nur ihren heutigen Culturstand vor Augen habenden romanischen Bevölkerung bei der jetzt im Zuge befindlichen Wahlen angeknüpft hat. Zu jener Subventionsdebatte trägt Mocsary im heutigen „Blender“ den Spruch nach, den er damals schrie. Darnach muß man das Nationaltheater subventioniren, um der ungarischen Sprache die Herrschaft in den eleganten Kreisen zu verschaffen; die deutsche möge in Pest die Sprache der Hausknechte bleiben. Der Artikel ist von einer Unrichtigkeit, die nur in ungarischen Blatte nicht unklar erscheint, man kann eben rechnen, es bleibt unter uns.

Wien, 15. Februar. Die „Wiener Zeitung“ bringt eine Entschliessung des Kaisers, welche alle auf die öffentliche Sicherheit bezüglichen Dienstwege aus dem Landesverteidigungs-Ministerium ausschleibt und dieselben dem Ministerium des Innern zuweist. — Wie die heutige „Lagepresse“ erzählt, ist in der Militärgranzfrage die eigentliche Aenderung des Duoenverhältnisses nicht in Aussicht genommen. Die ungarische Regierung scheint zu einer Entschädigungszahlung gegen Verzichtleistung auf alle weiteren Ansprüche der Westländer bereit.

**Russland.**

Berlin, 11. Februar. Trotz der Nachgiebigkeit des Kr. Königs Georg, welcher der hannoverschen Legion die Subvention entzog, wird von der preussischen Regierung nicht daran gedacht, ihm das Verfügungsrecht über sein unter Sequeler gestelltes Vermögen zurückzugeben. Er habe, sagt man, mit der Subventionsentziehung Preussens keine Konzession machen, sondern nur Geld ersparen wollen.

Es heißt neuerdings, Graf Bismarck wolle, diesmal in Folge seiner Niederlage im Herrenhause, das Präsidium des preussischen Ministeriums niederlegen und seine Thätigkeit in Zukunft als Bundeskanzler ausschließlich dem norddeutschen Bunde widmen.

Berlin, 14. Februar. Heute wurde der Reichsrath durch den König eröffnet. Die Anbahnung zu einer Verständigung über die nationale Verbindung des Nordbundes mit den süddeutschen Staaten, wie eine solche im Artikel 4 des Prager Friedens vorgesehen wurde, ist Gegenstand der unausgesetzten Aufmerksamkeit des Königs. Die diebezüglichen Vorlagen sind: Ein Jurisdiktionsvertrag mit Baden und die Maß- und Gewichtsordnung. Die Gesamtheit der Verträge zwischen dem Nordbunde und den süddeutschen Staaten gewähren der Sicherheit und der Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes die zuverlässigen Bürgschaften, welche eine starke und geschlossene Organisation des Nordbundes in sich trägt. Das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit, das gegenseitig verständete Wort der deutschen Fürsten und die Gemeinsamkeit der höchsten Interessen des Vaterlandes verleihen unseren Beziehungen zu Süddeutschland eine Festigkeit, welche unabhängig ist von den wechselnden Wogen politischer Leidenchaften. Der König freut sich, bekunden zu können, daß sein Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens volle Berechtigung hatte. Bei den Regierungen und bei den Völkern ist die Ueberzeugung fortwährend, daß die Weisheit nur zum Schutze der eigenen, nicht aber zur Verleumdung fremder Unabhängigkeit berufen sei.

Paris, 11. Februar. Die „Patrie“ tritt officiell den Behauptungen entgegen, als ob Frankreich kein Einspruchsrecht auf die Ausführung des Prager Friedens hätte. Frankreichs Vermittlung verbande Sachen, daß aus ihm nicht eine oder zwei preussische Provinzen gebildet worden seien. Flourès scheint heimlich, verhehrt, noch in Paris zu sein.

Paris, 12. Februar. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Gladstone bringt einen Antrag ein wegen Verbesserung der Weine im Verhältnisse ihres Wertes.

Ordinaire verliest ein Schreiben Rocheforts, das mit den Worten beginnt: Zu Erwägung... Auf die Einrede des Präsidenten besteht Ordinaire auf der Verlesung. Der Präsident befragt die Kammer, welche sich für den Schluß des Zwischenfalles ausspricht.

\*) Wir bringen denselben im heutigen Blatte.

Ordinaire will das Schreiben Rocheforts dem Präsidenten übergeben, welcher dessen Annahme verweigert.

Sodann wird die Debatte über die Interpellation, die Landwirtschaft betreffend, wieder aufgenommen.

Ulich Ronville wurde provisorisch wieder auf freien Fuß gesetzt. Sieben Redakteure der Reforme erhielten Vorladungen und werden am 18. Februar vor dem Justizpolizeigerichte erscheinen.

Die France behauptet, daß mehrere Verhaftungen wegen eines Complots gegen das Leben des Kaisers vorgenommen wurden. Es geht das Gerücht, daß Briefe bei den verhafteten Individuen vorgefunden wurden, welche Rochefort sehr compromittiren.

Die Journale veröffentlichen ein Schreiben Rocheforts an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers, in welchem Rochefort den Antrag stellt, das Ministerium wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg in Anklagestand zu versetzen.

Die Patrie versichert, daß auf Grund wichtiger und sehr compromittirender Papiere, welche bei mehreren verhafteten Personen aufgefunden wurden, eine genaue und vollständige gerichtliche Untersuchung stattfinden werde. Die öffentlichen Debatten, die hieraus hervorgehen, werden, sagt die Patrie, sehr mannigfaltig, die Gefährlichkeit dieser unvermeidlichen Respressivmaßregel zu würdigen.

Die Patrie demontirt ferner die Abreise des Generals Castelnau nach Petersburg.

Florenz, 11. Februar. In den ehemals römischen Legationen haben wiederum Gemeindevorstellungen mehrerer Städte den Religionsunterricht in den Schulen abgeschafft, dagegen sollen Vorträge über die Bürgerpflichten gehalten werden.

Der Finanzminister Sella hat seine Demission zurückgezogen. Die von ihm projectirten Eripantisse belaufen sich in Ganzen auf 14,669,534 Francs. London, 14. Februar. Die „Times“ melden: Frankreich bedeutete dem Papste sein Mißvergnügen über die absolutistische Regierung des Papstes, und drohte zwar nicht mit der Abberufung der Truppen, bemerkte aber, daß die Abberufung derselben längst beschlossen sei, da Frankreich die Integrität des Kirchenstaates auch ohne Besatzungstruppen garantiren könne.

Madrid, 10. Februar. In der Cortesitzung antwortet Lopez auf eine Anregung des Generals Zuebada, die spanischen Fregatten werden niemals dazu dienen, einen von ihm bevorzugten Kandidaten zur Thronbesteigung zu führen.

Madrid, 11. Februar. (Cortessitzung.) Der Minister des Innern, Rivero, beschuldigt die Carlisten, daß sie Verschwörungen anzetteln und eine neue Waffenereignung vorbereiten, und fügt hinzu, die Regierung werde die verfassungsmäßige Rechte nicht suspendiren, die Carlisten mögen was immer für eine Erhebung verursachen.

Madrid, 12. Februar. Die Regierung erhielt keinerlei Nachricht über Streitigkeiten, die in der Havana ausgebrochen sein sollen; es ist daher anzunehmen, daß, wenn wirklich Streitigkeiten vorliegen, dieselben nicht so erster Natur sind, wie Telegramme aus Newyork dies melden.

Petersburg, 12. Februar. Die von den Tscherkessen bewohnten Landstriche im Kaukasus haben durch kaiserliches Decret eine Administration erhalten, die sich nicht viel von der anderen russischen Gouvernements unterscheidet. Zu Hauptstädten der beiden Tscherkessen-Gebiete sind Wladikawkas und Iskerinodar erhoben worden.

Die sibirische Pest tritt in Moskau wieder in sehr besorgniserregender Weise auf. Auch die Cholera ist dort noch nicht erloschen.

Vukarst, 10. Februar. Der Fürst hat den Kammerpräsidenten Gregor Balich und den Präsidenten des Senats Alexander Plagino beauftragt, ein neues Cabinet zu bilden.

Der gewesene Hospodar Gusa ist zu Mehedinty im vierten Wahlcollegium zum Deputirten erwählt worden. Einige Blätter rathen dem gewesenen Fürsten sein Mandat als Deputirter anzunehmen und in sein Vaterland zurückzukehren.

Vukarst, 14. Februar. Aus guter Quelle wird berichtet, daß der Finanzminister Soleto nachstehendes Ministerium gebildet habe: Alex. Soleto, Präsidium und Inneres; Vioriano, Justiz; Jean Cantacuzeno, Finanzen; Orest Mann, Krieg; Goffadin, öffentliche Arbeiten; Manzesco, Cultus. Das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten ist noch nicht besetzt. Indes ist diese Ministerliste noch keineswegs offiziell.

Belgrad, 11. Februar. „Vidobdan“ meldet, der Großvezir mache Anstrengungen, um über eventuelle Ereignisse im Oriente mit England und Oesterreich sich zu verständigen. Die Ursache dieses Vorgehens sei die Richtung des neuen französischen Cabinets. Die Nachricht stammt aus guter Quelle.

Belgrad, 11. Februar. Der Vidobdan kommt abermals auf die Concentrirung des türkischen Militärs an der montenegrinischen Grenze zu sprechen und wiederholt, daß ein Angriff auf Montenegro auch auf Serbien abzielt, da jenes die Avantgarde Serbiens ist. Vidobdan fordert die Regierung auf, sie möge der Pforte gegenüber: ihr Seidantat mit Montenegro erklären.

Konstantinopel, 10. Februar. Levant Haad meldet, der Archidive habe an seinen Kapu-Kapys in Konstantinopel ein Schreiben gerichtet, in welchem er seine Klagen mit dem Wunsch ankündet, eine so wichtige Provinz wie Egypten „in ein Verhältnis mit den jetzigen Fortschritten zu bringen.“ Die Anwesenheit der griechischen Offiziere erklärt er durch das Verlangen der letzteren auf, in der ägyptischen Arme Verwendung zu finden. Da aber die Offiziere zurückgewiesen wurden, werden sie nicht säumen, abzureisen.

Konstantinopel, 11. Februar. Die Angelegenheit der Panzerfregatten ist vollständig geendet. Die Pforte übernimmt an Stelle des Viechtungs die Vertragsverpflichtungen gegenüber der Schiffbau-Gesellschaft in Betreff der Ablieferung der auf Rechnung des Archidive erbauten Fregatten.

Konstantinopel, 11. Februar. Die Lu quie meldet, die Pforte habe endgiltig den Status der ottomanischen Eisenbahn-Gesellschaft und der Betriebsgesellschaft angenommen.

**Kirche und Schule.**

**Auch zur Revisi. nfrage.**

Wenn der Verfasser des Artikels „Zur Revision“ in Nr. 32 dieses Blattes sich schweidelt, durch seine Bemerkungen „einen oder mehrere Zweifler zu bekriegen“ so würden wir ihm diese Freude wohl gönnen, wenn seine Behauptungen nur nicht unwichtig, seine Angaben nicht zum weitaus größten Theile falsch wären.

Wir sehen und denn zu folgenden, jeden Wortschwallid entbehrenden Gegenberichtigungen veranlaßt.

Wozu die Revision der ehegerichtlichen Urtheile? fragt der Verfasser. Nun zur Prüfung, ob das Verfahren bei den einzelnen Eheproceffen ein gleichmäßiges ist und dieses ist hier mehr als bei willkürlichen Urtheilen möglich, weil es sich hier nicht um ein paar Gulden handelt, sondern darum, ob eine Ehe aufrechterhalten oder getrennt werden soll. Und deswegen ist eine Art Revision der Eheproceffe in allen Culturstaaen, wo sie noch nicht bestanden, eingeführt worden.

Aber, heißt es weiter, ist denn das Obergerichte infallibel? Reineswegs, aber wir meinen, der Vorkehr derselben, der Superintendent, sei von der Landeskirche aus den Besten der Sache gewählt worden und die Mitglieder derselben werden nach dem Gutachten des Landesconsistoriums hinfür auch von der Landeskirchenversammlung nach bestem Wissen und Gewissen gewählt, nicht mehr vom Superintendenten ernannt werden. Ein solches Vorgehen wird da also sehr selten stattfinden. Zufallig freilich

find sie nicht; wie dieses der Verfasser jenes Artikels von dem Hermannstädter und Burzenländer Capitel behaupten zu wollen scheint, wenn er sagt, daß man diesen Capiteln ihr Vorrecht längst genommen hätte, wenn sie der Unfähigkeit zu seiner Ausübung hätte überwiegen werden können.

Darum stimmen wir dem in einer früheren Nummer dieses Blattes gemachten Vorschlage bei, daß die Eheproceffe nicht etwa von dem Obergerichte noch einmal in Behandlung genommen würden, sondern es seien nur die Eheproceffe demselben von Amtswegen einzuführen zur Prüfung, ob das Verfahren des Obergerichts ein gleichmäßiges gewesen oder nicht. Dann wäre das Urtheil sammt den Acten, wenn alles richtig dem Obergerichte zur weitem Ansehung, bezüglich der Trennung, zu überfenden, wenn wegen Obergewaltigkeiten kassirt, zur Wiederaufnahme des Proceffes zuzuleiten. Dabei hätten die Parteien natürlich vor dem Obergerichte weder persönlich vorzutreten, noch sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen.

Eine vollständige, im Geiste des Protestantismus ausgearbeitete Proceffordnung thut freilich vor Allem Noth.

Weiter heißt es: Wenn die Revision den Zweck habe, das Vorgehen bei Eheproceffen zu überwachen, so sei dies dieneigend für die unteren Gerichte. Wir finden das ebensovienig als die Gerichte in jenen Rechts- und Culturstaaen, wo die Revision neuerdings eingeführt wurde.

Der Verfasser meint ferner: Von Parteien mit dem ehegerichtlichen Spruche zufriedene wären, so bedürfe es keiner Revision, denn sie seien ja nicht Unmündige und ihre Wille maßgebend. Dann mügte ja aber jede Ehe getrennt werden, sobald Mann und Frau es wollen; kann wäre die Ehe nichts als ein gewöhnlicher bürgerlicher Vertrag, der durch beiderseitige Einwilligung gelöst werden kann. Dieser Ansicht ist Verfasser ja aber entschieden auch nicht nach seinen vorhergehenden Äußerungen.

Die Lösung unfruchtlicher, unhaltbarer Ehen ist, sobald solches erwiesen war, nie verhindert worden. Oder meint Verfasser vielleicht die Fälle, wo der Kläger als der schuldige Theil nach dem Geheße des Klagerrechtes verlustig und dem zu Folge mit seinem Trennungsgesetze abgewiesen wird, zumal wenn der vorgehende Beklagte Emporbaltung der Ehe verlangt?

Wenn die Vorlage des Landesconsistoriums sagt: Eine gemeinsame Revisionsinstanz stehe den Parteien unbefangener gegenüber als das heimische Gericht; so gilt dieses nur, wenn sie persönlich vorstehen, was nach unserm Vorschlage nicht der Fall ist. Uebrigens hat das Landesconsistorium vollkommen recht, daß wird jeder Pfarrer b tätigen, der seinen ehezwisigen Pfandkindern als Eherichter gegenüberstand.

Der Vergleich mit Maros-Basarhely hinkt, denn dort stehen Parteien nicht persönlich vor.

Dann heißt es, der Pfarrer kann und soll über die ehezwisigen Parteien aus seiner Gemein: ergänzenden Aufschluß geben. Allerdings! Was er im pfarrämlichen Berichte schriftlich that, kann er nun auch mündlich thun, aber entscheiden darf der Richter doch nur auf Grund der vorgebrachten Klagen. Consequenterweise hätte der Verfasser vorschlagen sollen, daß zu den ehegerichtlichen Sessionen die betreffenden Pfarrer immer auch geladen würden.

Wenn der Verfasser behauptet: daß beim Obergerichte ein einziger Beisitzer als Referent auf die Entscheidung den maßgebendsten Einfluß übe und vielleicht nicht einmal das Präsidium Zeit erübrige, die betreffenden Acten gründlich zu studiren; so hätte er, bevor er eine solche Behauptung in die Oeffentlichkeit schleudert, doch die gesamte Proceffordnung einzusehen sollen. Jeder Richter beim Obergerichte erhält die Eheproceffe all zur Eins- und Durchsicht und wie der Präses, so macht jeder derselben sich die entsprechenden Notizen und der Referent: wird bei seinem Referate von den durch eigenes Studium instruirten Obergichtern gehörig controllirt.

Dann heißt es: Ein Uebersehen oder Freuen der untern Instanz wird am besten kontrollirt von den Parteien selbst, welchen ja das Recht der Appellation zustehe.

Aber wenn den Parteien, die eigentlich keinen Scheidungsgrund haben, solches Uebersehen erwünscht ist?

Bzüglich des Kostenpunctes, daß die unerschulden Parteien darunter leiden und „Niemand anderes“ ist grundfalsch. Denn es erlegt war der klagende Theil die vorgezeichneten Gebühren, aber gegen Rückentattung, denn schließlich wird immer der schuldige Theil in die Kosten verurtheilt. Die Rückentattung aus freilich beim wüthlichen Geschreibe betriben ward. Uebrigens wäre es allerdings besser, wenn die Ehegerichtsproceffe den Parteien nichts kostete, sondern die Ehegerichte iont woher honorir würden, schon damit der mögliche Verdacht der Parteien, daß es auf ihr Geld abgesehen sei, beseitigt werde.

Ob das letztangeführte Bedenken des Verfassers wegen Erweiterung des Pflichtkreises des Superintendenten durch die künftige Anbahnung der Eheproceffe (falls nämlich der Vorschlag des Landesconsistoriums von der Landeskirche angenommen wird) ernst gemeint ist oder nicht? Dieses zu beurtheilen überlassen wir billig dem Leser.

Heute Donnerstag den 17. Februar 1870.

finet im Zoole

zum „römischen Kaiser“

Großer

Nobel-

Marchen-Ball.



Ball, verbunden mit einer Lotterie. Näheres die Anschlagtafel.

Wir machen hierdurch auf die im heutigen Blatte stehende Annonce der Herren S. Zetler & Co. in Hamburg besonders aufmerksam. Es handelt sich hier um Staatsloose zu einer sehr reichlich mit Gewinnen ausgestatteten Verlosung, daß sich auch in unserer Gegend eine sehr lebhafte Theilnahme herausstellen wird. Dieses Unternehmen hat umso mehr das volle Vertrauen, indem die ersten Staatsgarantien geboten sind und auch vorbenanntes Haus durch ein streng reelles Handeln und Auszahlung zahlreicher Gewinne allseits bekannt ist.

Wir bitten hierdurch die im heutigen Blatte stehende Glücks Offerte des Bankhauses P. J. Sams. Sohn in Hamburg besonders aufmerksam zu lesen. Es handelt sich hier um wüthliche Staatsloose, deren Gewinne vom Staate garantirt und verloscht werden, in einer so reichlich mit Gewinnen ausgestatteten Geld-Verlosung, daß aus allen Gegenden eine sehr lebhaft: Theilnahme hervorgeht. Dieses Unternehmen verdient das volle Vertrauen, indem vorbenanntes Haus „Gutes Zeichen bei Solon“, durch die Auszahlung von Millionen Gewinne allseits bekannt ist.

**Telegr. Wiener Cours vom 16. Februar 1870.**

5% Metallloose	60.60	Ungar. Grundentlastungsb.	78.75
5% Mai- und Novem.-Zinsen	60.60	Emeße	77. —
5% National-Anlehen (Silber)	70.45	Siebenb.	75.50
1860er Staats-Anlehen	95.70	Kroat.-Slab.	84. —
Bankactien	724. —	Silber	121.85
Kreditactien	266.10	St. t. Münz-Dutaten	5.82 1/2
London	124.10		
Siebenb. Eisenbahn-Actien (vom 14. Februar.)	166. —		
Prioritäts-Obligationen	167. —		
	90.10		
	90.90		

### Erledigung.

B. C. Z. 248 1870. 3-3  
**Concurs.**  
 Zur Befreiung der erledigten evang. Pfarre A. B. in Ober-Erdisch wird hiemit bis zum 8. März d. J. der Concurs eröffnet.  
 S. Regem, am 10. Februar 1870.  
 Vom ev. Bezirks-Consistorium A. B.

### Licitation.

**Bekanntmachung.** 1-3  
 Von Seite der k. k. thesaurialischen katholischen Waisenhaus-Direction wird bekannt gemacht, daß folgende drei Realitäten auf drei nacheinander folgende Jahre, das ist: vom 1. Mai 1870 bis letzten April 1873, mit Vorbehalt höherer Genehmigung, licitando werden verpachtet werden:  
 I. Die Fleischbank.  
 II. Das Schanhaus.  
 III. Das Backhaus, mit dem Rechte der Schwarz- und Weißbäckerei.  
 Pachtlustige haben, mit Ausweisung einer hinlänglichen Caution und mit dem erforderlichen Reugetze am 9. März 1870 in der Waisenhaus-Amts-Kanzlei, wo auch früher die Bedingungen zu ersehen sind, zur Abhaltung der Versteigerung zu erscheinen.  
 Herrmannstadt, am 15. Februar 1870.

### Fremden-Liste.

Angelommen am 17. Februar.  
**Ungarische Krone.**  
 Ludwig Greifing, Ministerial-Rath; Franz v. Bremberg, Deputirter, von Kremsd. Ferdinand Diez, Pfarrer, von Kelling. Josef Almer, Gerichtsvorsteher; Friedrich Dresler, Bürgermeister, von Sz. Regem.  
**Hotel Bukurest.**  
 Michael Fisch, Senator, von Mählsch. Johann Kinn, Bezirks-Dechant, von Sz. Regem.  
**Mediascher Hof.**  
 Carl Brantisch, Pfarrer, von Großschent. Friedr. Jacobi, Adhocal-Perceptor; Johann Oberth, Gymnasial-Director; F. L. Schuster, Conceptor; Carl v. Heindorf, Polizei-Director, von Mediasch. Gustav Schuler, Dechant, von Baufen. Friedrich Marienburg, Pfarrer, von Habsch. Johann Matz, Notar, von Burmlösch.  
**Neumüller.**  
 Johann Marijch, Deconom, von Kinnit. Gottl. Kellist, Senator, von Bistritz. Weibler, Stadtschlichter, von Großschent. Paraké, Verwalter, von Scherofen.

Zu dem am 28. Februar d. J. stattfindenden 25jährigen Stiftungsfest Commers labet die **Burschenschaft Teutonia** die Ehrenmitglieder hiedurch freundlichst ein, mit dem Bemerkten, daß die Hauptfeier erst im August stattfinden wird.  
 Jena, den 10. Februar 1870.

3. A.  
**Rudolph Körner,**  
 stud. jur.  
 1-2

### Großartige Glücks-Offerte.

Original-Staats-Prämien-Loose sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.  
**„Gottes Segen bei Cohn!“**  
 Allerneueste, mit Gewinnen wiederum bedeutend vermehrte Capitalien-Verloosung von über **4 Millionen.**  
 Die Verloosung garantiert und vollzieht die Staats-Regierung selbst.  
 Beginn der Ziehung am **20. d. M.**  
 Nur **4 Gulden ö. W.**, oder **2 Gulden ö. W.**, oder **1 Gulden ö. W.**  
 kostet ein vom Staate garantirtes wirkliches Original-Staats-Loos (nicht von den verbotenen Promessen) und hin ich mit der Verwendung dieser wirkliches Original-Staats-Loose gegen frankirte Einzahlung des Betrages selbst nach den entferntesten Gegenden staatlich beauftragt.  
 Es werden nur Gewinne gezogen.  
 Die Haupt-Gewinne betragen 250,000, 200,000, 190,000, 180,000, 170,000, 165,000, 162,000, 160,000, 155,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 2mal 20,000, 3mal 15,000, 4mal 12,000, 5mal 10,000, 6mal 8,000, 7mal 6,000, 21mal 5,000, 4mal 4,000, 36mal 3,000, 126mal 2,000, 6mal 1,500, 5mal 1,200, 206mal 1,000, 256mal 500 350mal 200, 1785mal 110, 100, 50, 30.  
 Kein Loos gewinnt weniger als einen Werth von 2 Thaler.  
 Die amtliche Ziehungsliste und die Verwendung der Gewinnelder erfolgt unter Staatsgarantie sofort nach der Ziehung an Jeden der Betheiligten prompt und verschiegen.  
 Mein Geschäft ist bekanntlich das Beste und Unerlässlichste, indem ich bereits an mehreren Verloosungen in dieser Gegend die allerhöchsten Hauptgewinne von 300,000, 225,000, 150,000, 125,000, mehrmals 100,000, kürzlich das große Loos und jüngst am 29. v. g. M. schon wieder den allergrößten Haupt-Gewinn in Hermannstadt ausbezahlt habe.  
**Laz. Sams. Cohn in Hamburg.**  
 Haupt-Comptoir, Bank- und Wechselgeschäft.

**Das Hôtel**  
 zum Grafen Stefan Szechenyi in Broos ist zu verpachten.  
 Nähere Auskünfte ertheilt Advocat Max Pogatsnik in Broos. 1-3

**August Frank,**  
 Civil-Ingenieur,  
 übernimmt die **Anlage und vollständige Einrichtung von Dampfsägen**  
 nach anerkannt bester Construction und empfiehlt zugleich sein Lager von **Maschinen, Werkzeugen und Fabriks-Bedürfnissen** aller Art.  
 Wien: Landstraße, Marrergasse 21. 8-12



**MARCO INJECTION**  
 VON GRIMAULT & CO APOTHEKER IN PARIS  
 Dieser Art, dessen Einnahme nach Aufstand erlaubt ist, und das einzige, auf dessen Erfolg man sich verlassen kann. Um den vielen Nachahmungen zu begegnen, wird gebeten, die Unterschrift von Grimault & Comp. auf jedem Flacon zu verlangen. — Depots: In Hermannstadt bei den Herren Misselbacher & Söhne; in Schäßburg bei Hrn. J. B. Zentisch; in Kronstadt bei Hrn. Jekelins; in Pest bei Hrn. J. v. Zorff.

**Die Waaren-Abtheilung**  
 der k. k. priv. allgem. Verkehrs-Bank,  
 in Wien, Rudolfsplatz 13,  
 übernimmt Waaren aller Art zur Einlagerung, Belohnung und commissionellen Verkaufe.  
 Größtens Fabrikanten und Landwirthen ein reiches Absatzgebiet ihrer Erzeugnisse zu höchsten Preisen, gibt Vorkäufe auf Waaren und Producte, macht Expeditions- und Commissions-Geschäfte zu den mäßigsten Bedingungen, die von Fall zu Fall vereinbart werden können. 1-12

**Gewinnziehung**  
 am 1. März 1870.  
 Hauptgewinn fl. 250,000  
 Kleinstes Gewinn fl. 160  
 Um Jedermann zu ermöglichen, in den Besitz F. F. österr. Original-Prämien-Loose vom Jahre 1864 zu gelangen, verkaufen wir dieselben auf 12 Monatszahlungen.  
 Während den Einzahlungen spielt man auf zehn verschiedene Original-Loose.  
 Gegen Einzahlung des Betrages oder Restzahlung:  
 von fl. 7 erhält man einen halben Ratenchein } gesetzlich gestempelt,  
 von fl. 14 erhält man einen ganzen Ratenchein } womit man schon am 1. März  
 fl. 200,000, 50,000, 15,000, 10,000 etc. etc. gewinnen kann. Gewinnliste unentgeltlich und franco.  
**ROTHSCHILD & COMP.**  
 Postgasse 14, Wien.

**Wiener Wechselstuben-Gesellschaft.**  
 Actien-Capital: 3 Millionen Gulden.  
 Ein- und Verkauf von Staats- und Industriepapieren, Loosen, Gold- und Silbermünzen, Promessen zu allen Ziehungen. Remessen und Creditbriefe auf alle bedeutenden Handelsplätze Europa's und Amerika's. Aufträge für die hiesige, sowie für alle auswärtigen Börsen werden auf das Beellste ausgeführt.  
**Wiener Wechselstuben-Gesellschaft, Wien, Graben 8.**

Nur bei Witte.  
**Neuester Faschingsjur.**  
 Zeeben eingetrossen:  
**Salonbomben**  
 in Pfefferm., mit feinsten Einlagen und ungewöhnlich, jedoch häufig gefehltem Knalleffekt. Stück 20 fr. 12 Stück mit feinsten Devillen fl. 2.  
**Knallbombons.**  
 höchst sauber gearbeitet und elegant enveloppirt — mit überzählten Einlagen, — als: feinsten Kupferbedeckungen, Thierköpfe (über den Kopfbedeckungen), Thierköpfe über den Kopf zu ziehen), Korven, Scherpen etc. Stück 15, 20, 25 fr.  
**Größere Knallbombons**  
 mit Charakterköpfen 50 fr., mit ganzen Anzügen fl. feinst verpackt per Stück 50, 75 fr.  
**Figuren**  
 comischen und wicanten Genres in bundesteile Devillen 25, 30, 40, 50, 60 fr.  
**Florbombons** mit Anweisung 20 fr. Mädchenfänger 5 fr. Spritzinge 40 fr.  
**Jux-Bouquet** Stück 40 fr.; der daran befindliche Zwickhaken wird vor Gebrauch mit Parfüm gefüllt.  
**Parfümirte Bouquets** (Ohrringe, Broche) mit vorgerichtetem Kästchen per Stück nur 60, 80 fr., fl. 1.0.  
**Feinste Rosen mit Knospen.** zugleich gefüllter Flacon, Stück 50, 60 fr.  
**Cotillon-Orden.** 100 Stück fl. 1.50, fl. 2, fl. 3.50, fl. 4, fl. 5.  
**Maskenschmuck** (Ohrringe, Broche) von 40, 50, 60, 70 fr., fl. 1, feinst fl. 1.50.  
 Nur bei Witte.  
 Wien, Kärntnerstraße Nr. 59.  
 Versandt per Nachnahme oder Cassa. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. 6-8

**Pressgerm**  
 von vorzüglicher Qualität, täglich frisch, bei **J. B. Misselbacher & Söhne,** Hermannstadt. 5-6

Original-Staats-Prämien-Loose sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.  
**Man biete dem Glücke die Hand.**  
 Schon am 2. März 1870 begannen die Ziehungen der großen, von der hohen Regierung genehmigten und garantierten **Geld-Verloosung** und endigen am 17. März 1870.  
 12,600 Gewinne und Prämie und Freilose im Betrage von **zwei Millionen 637,400 Mark Crt.** müssen hierbei gewonnen werden. Den größten Hauptgewinn bildet eine der nachstehenden Summen: **Mark 250,000, 200,000, 190,000, 170,000, 165,000, 162,000, 160,000, 158,000, 156,000, 155,000, 153,000, 152,000.**  
 Die nähere Eintheilung der Gewinne ist wie folgt:  
**Zwölf Tausend sechs Hundert Gewinne und 1 Prämie,** und zwar: 1 Prämie 150,000, 1 Gewinn 100,000, 50,000, 40,000, 20,000, 2 a 15,000, 2 a 12,000, 2 a 10,000, 4 a 8,000, 4 a 6,000, 10 a 5,000, 25 a 3,000, 125 a 2,000, 150 a 1,000, 200 a 500, 272 a 200, 11,500 a 110. Es werden nur Gewinne gezogen.  
 Für sämtliche obige Ziehungen und zur Beilegung an allen zur Verloosung kommenden Gewinnen liefert ein Original-Staats-Prämien-Antheil-Loos nur fl. 9 ö. W. — 4 Stück fl. 33 ö. W. und verschaffen wir auch solche einzeln selbst nach den entferntesten Gegenden prompt und verschwiegen gegen Einzahlung des betreffenden Betrages. Wir bitten obige Loose nicht mit den verbotenen Promessen zu vergleichen, sondern Jedermann erhält von uns die Original-Staats-Loose selbst in Händen. Nach der Ziehung senden wir jedem unserer Interessenten unangefordert amtliche Liste. Gewinne werden pünktlich unter Staatsgarantie ausbezahlt. Unser Haupt-Debit ist stets vom Glücke begünstigt, wir hatten wiederum unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen bei den letzten Hauptziehungen im Monat März den größten Preis von **127,000 Mark.** Ferner darauf folgend 12,000 und vor kaum 2 Monaten in kleinen Zwischenräumen schon wieder zweimal die höchsten Preise unsern Interessenten in hiesiger Gegend ausbezahlt. Für diese unsere Angaben stehen Jedermann die officiellen Beweise zu Diensten. Wir führen alle Aufträge sofort mit der größten Sorgfalt aus, legen die erforderlichen Pläne bei und ertheilen jegliche Auskunft gratis. Man beliebe sich daher vertrauensvoll baldigst direct zu wenden an  
**S. Steindecker & Co.,**  
 Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.  
 Um Verwechslungen vorzubeugen, bemerken wir ausdrücklich, daß Original-Staats-Prämien-Antheil-Loose, welche zu den sämtlichen Haupt-Ziehungen vom 2. bis zum 17. März a. e. gültig sind, nicht unter dem obigen und zwar amtlich planmäßig festgesetzten Preise von 9 fl. verkauft werden können.  
 Original-Loose zu der erst am 20. kommenden Monats stattfindenden neuen Verloosung (also für eine Ziehung gültig) können zu fl. 37, und zu fl. 17, auch jetzt schon von uns direct bezogen werden.  
 1-3

**Weißbleche und verzinkte Dachbleche.**  
 Die neue erbaute Niederlage der k. k. privileg. **Eisen- und Blechfabriks-Gesellschaft „Union“ in Wien,** Fabriken in Johann Adolf Hütte & Wöllersdorf, befindet sich in **Pest, obere Donauzeile Nr. 1,** und empfiehlt ihr assortirtes Lager von **Weißblechen und verzinkten Dachblechen.** 1-3

**Wm. KNAUST**  
 Wien.  
 Leopoldstadt, Niesbachgasse 15, gegenüber dem Angarten.  
 Feuer- und Garten-Spritzen, Pumpen, Schläuche, Feuer-Gimer, Ausdrückung für Feuerwehren. **Stabliert 1823.** Garantie. Illustrierte Preis-Contants gratis per Post.

Erste...  
 mit Ausnahm...  
 Sonntags tägl...  
 für das halbe...  
 das Vierteljahr...  
 ein Monat...  
 Mit...  
 Postversend...  
 Im Jahre...  
 baldjährig 7 fl...  
 jährig 3 fl. 50...  
 Im Ausla...  
 vierteljährlich 4...  
 Redakteur u...  
 schüne...  
 Th. Steinb...  
 Nr. 42

Es ist ein...  
 galizische Revol...  
 unbestimmte Zeit...  
 auf die Entschiede...  
 sich einig sein so...  
 will und was den...  
 über Dalmatien...  
 haben, daß Gra...  
 ladung, zur Cr...  
 zu leisten. Man...  
 wenn man das...  
 ihn in Anklage...  
 lungen gäbe, de...  
 Was die e...  
 teit gegen die...  
 selbst mit der...  
 nämlich so: So...  
 auf die ausst...  
 feithalten, best...  
 ungen an den...  
 Austritt eine...  
 nach durch die...  
 gemacht, dann...  
 abhängiger...  
 abhänger...  
 (sichere) Land...  
 daß der Landtag...  
 Wünschen nicht...  
 Wahlsystems...  
 eines hiesigen...  
 den übrigen...  
 giebigeit geben...  
 Polen erfolgt...  
 den übrigen...  
 die Polen bei...  
 die im...  
 der Regierung...  
 auf ihren...  
 soll ihr die...  
 galizischen...  
 Landtag, dessen...  
 kann, so, daß...  
 mehr binden...  
 zu sein, des...  
 tagswahlen.  
 Was nun...  
 waren vorgeseh...  
 Kaiserfeld, Red...  
 Schindler, Lini...  
 des Innern gel...  
 der Beratung...  
 liche Minister...  
 gegen 11 Uhr...  
 schlägige Frage...  
 von seinen...  
 W. L. enthält,

Heidwig's...  
 Morgen zum...  
 den Tage zu...  
 len gehofft, an...  
 war freilich die...  
 sichere Fernen...  
 gen Wesens...  
 ihren Vortrag...  
 vom herein...  
 ter benachricht...  
 die Eisenbahn...  
 von dort abgeh...  
 Die Sache we...  
 Heidwig lehrte...  
 lassen hatte. A...  
 welfen sie durch...  
 hatte die wenig...  
 ihr Urtheil zu...  
 die im Welleben...  
 Als die junge...  
 Fuhrwerke n...  
 Herr Wulfert, w...  
 Gute beschäftig...  
 erscheinen, um...  
 seine

*Handwritten signature: Th. Steinhaufen*